Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 278 (1999)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-377079

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

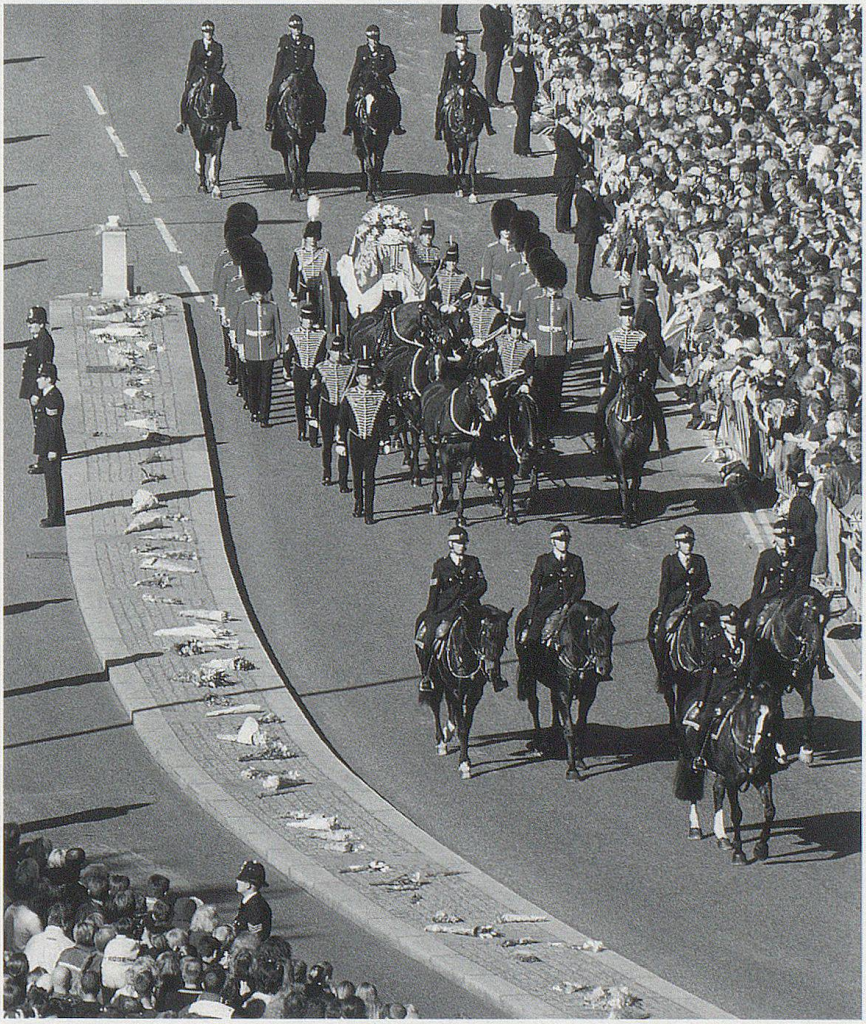
Blick in die Welt

Dr. Walter Bührer, Trogen

«All business is local», lautet eine von Journalisten gern zitierte «Wahrheit». In aller Regel ist das lokale Geschehen auch in Zeiten erdumfassender Informationssysteme für die meisten Menschen von erheblich grösserer Bedeutung, als was sich in der weiten Welt abspielt. Was die Amerikaner beschäftigt, wird zwar dank CNN und Internet weltweit verbreitet; für Menschen in Europa, Asien oder Afrika sind solche Informationen trotzdem nur bedingt von Belang. Zumal die amerikanischen Medien – nicht nur sie – gelegentlich bizarre Massstäbe in der Bewertung der Ereignisse anwenden. So etwa im Januar/Februar 1998, als sich «Enthüllungen» über Präsident Clintons Sexualleben jagten, während gleichzeitig der Konflikt mit Irak einem Höhepunkt zutrieb. Auch einer weltpolitischen Jahreschronik haften zwangsläufig subjektive Akzentsetzungen an. Kriege, Unruhen, gewaltsame Machtwechsel und Katastrophen beanspruchen in der Regel vorrangige Aufmerksamkeit. Unter allen Ereignissen, die 1997/98 Schlagzeilen machten, war es indessen eine individuelle Tragödie, welche die Menschen auf allen Kontinenten am stärksten in ihren Bann zog: der Tod von Prinzessin Diana.

«Des Volkes Prinzessin»

Die Prinzessin von Wales, die geschiedene Frau des britischen Thronfolgers, kam bei einem Autounfall in Paris ums Leben. Zusammen mit ihr starben ihr Begleiter, der Ägypter Mohammed «Dodi» al-Fayed, sowie der Fahrer. Erste Untersuchungen ergaben, dass der Chauffeur stark alkoholisiert war, als er in den frühen Morgenstunden des 31. August 1997 mit dem Paar



Abschied von Prinzessin Diana: Rund eine Million Menschen wohnte in London dem Trauerzug bei; Milliarden verfolgten den Trauergottesdienst in der Westminster Abbey am Fernsehen. *(Bilder: Keystone)*

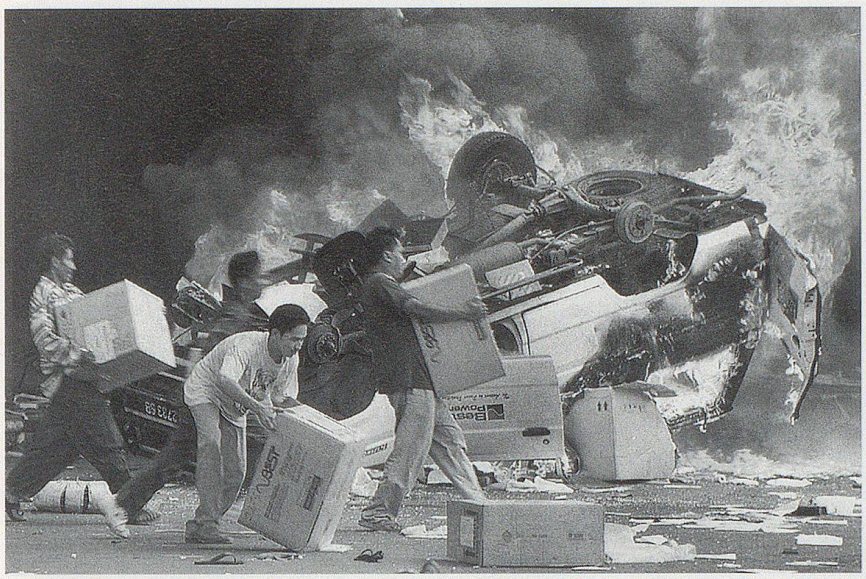
vom Hotel Ritz in Paris wegfuhr. Mit einer Geschwindigkeit von über 180 Kilometern donnerte der Wagen in einem Tunnel nahe des Pont de l'Alma in einen Pfeiler. Die Prinzessin starb nach einer Notoperation in einem Pariser Spital. Der Tod Dianas, die sich ein Jahr zuvor von Prinz Charles hatte scheiden lassen, löste beispiellose Trauer und Anteilnahme aus – aber auch Empörung über die Fotografen, welche Diana auf Schritt und Tritt verfolgt hatten. Tausende legten vor dem Kensington Palace, Dianas offiziellem Wohnsitz, und vor dem Buckingham Palace Kränze und Blumen nieder. Persönlichkeiten wie Papst Johannes Paul II., US-Präsident Clinton oder der französische Präsident Jacques Chirac zollten ihr Tribut. Demgegenüber tat sich das englische Königshaus zunächst schwer, auf den Hinschied seines populärsten Mitglieds zu reagieren. Erst nach tagelangem Schweigen, das viel Unverständnis und Kritik auslöste, wandte sich Königin Elizabeth am 5. September in einem beispiellosen Schritt über Fernsehen an die britische Nation, um der Toten zu gedenken. Über eine Million Menschen gaben Diana am nächsten Tag in London das letzte Geleit; der Trauergottesdienst in der Westminster Abbey – unter Mitwirkung des britischen Premierministers Tony Blair, Dianas Bruder Earl Spencer sowie des Rockmusikers Elton John – wurde weltweit übertragen.

«Die Geschichte liebt es bisweilen, sich auf einmal in einem Menschen zu verdichten.» Diese Feststellung des grossen Basler Historikers Jacob Burckhardt – bezogen auf Persönlichkeiten, die den Gang der Weltgeschichte verändern – traf in gewisser Weise auch auf die Prinzessin von Wales zu. Nicht dass Diana Weltgeschichte «gemacht» hätte. Wie niemand sonst verkörperte sie jedoch die Zerrissenheit, die Sonnen- und Schattenseiten unserer Zeit. Dank ihrer Ausstrahlung und einer beispiellosen Medienpräsenz – die sie suchte und zugleich verabscheute – fanden ihre zahlreichen karitativen Aktivitäten ein globales Echo. Ihr Einsatz für Aids-Opfer und für ein weltweites Verbot von Landminen trug ihr viel Anerkennung ein. Glamour und Schönheit, aber auch Verletzlichkeit und persönliche Tragik machten Diana für Millionen zu einer Identifikationsfigur. Tony Blair fand wohl die richtigen Worte, als er sie als «people's princess» (Prinzessin des Volkes) würdigte.

Nur eine knappe Woche nach Diana, am 5. September, starb mit Mutter Theresa eine weitere grosse Persönlichkeit dieses Jahrhunderts: Die 1910 in Skopje im heutigen Mazedonien geborene Frau hatte 1950 einen Orden gegründet, der sich um notleidende Menschen in den Slums der indischen Millionenstadt Calcutta bekümmerte. Zum Zeitpunkt ihres Hinschieds umfasste ihr Orden mehr als 4000 Nonnen und betrieb in 120 Ländern Waisenhäuser, Wohltätigkeitszentren und Krankenheime. 1979 hatte Mutter Theresa den Nobelpreis für Frieden entgegennehmen können. Wie bitter nötig solche tätige Nächstenliebe ist, offenbarten aktuelle Berichte internationaler Organisationen: Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation sind weltweit 250 Millionen Kinder zu Lohnarbeit gezwungen, die meisten davon in Süd- und Ostasien, Lateinamerika und Afrika. Einer Studie des Kinderhilfswerks Unicef zufolge sterben jedes Jahr an die 6 Millionen Kinder an den Folgen von Fehlernährung. Berichte dieser Art erinnern immer wieder daran, dass Wohlstand, Konsum, Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zu Bildungseinrichtungen auf unserem Planeten – wie auch innerhalb der einzelnen Länder – höchst unterschiedlich verteilt sind.

Im Banne von Klimaphänomenen

Riesige Unterschiede klaffen auch bezüglich Energiekonsum und Beanspruchung der natürlichen Ressourcen der Erde. Die westlichen Industrienationen beispielsweise lassen pro Kopf der Bevölkerung mehr als zehnmal so viele Abgase, die für den Treibhauseffekt verantwortlich gemacht werden, in die Atmosphäre entweichen wie die ärmeren Entwicklungsländer. Unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Klimaerwärmung fand



Nach schweren Unruhen in mehreren indonesischen Städten, die Hunderte von Toten forderten, trat Präsident Suharto nach 32jähriger Herrschaft zurück.

im Dezember 1997 in Kyoto die zweite Folgekonferenz nach dem «Erdgipfel» von 1992 (Rio de Janeiro) statt. Erst nach hartem Ringen gelang es den Delegationen aus 150 Staaten, sich auf einen Minimalkonsens zu einigen. Bis zuletzt sperrten sich die USA als mit Abstand grösste Verursacher von Treibhausgasen gegen einschneidende Verpflichtungen, boten jedoch schliesslich Hand zu einem Kompromiss. Das Protokoll von Kyoto sieht vor, dass die 38 industrialisierten Länder ihre Emissionen von Kohlenwasserstoffen und Methangasen bis zum Jahr 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 senken; die USA verpflichteten sich auf 7, die 15 Länder der EU auf 8 Prozent, während den Entwicklungsländern keine bindenden Quoten auferlegt wurden.

Die Notwendigkeit von Massnahmen gegen den Treibhauseffekt wurde durch die Wiederkehr des als «El Niño» bekannten Klimaphänomens unterstrichen. Üblicherweise wird vor den Küsten Chiles, Perus und Ecuadors kaltes Wasser aus der Tiefe des Pazifiks an die Oberfläche gespült. Aus bisher ungeklärten Gründen bleibt dieser Auftrieb in periodischen Abständen aus, worauf es zu einer markanten Erwärmung der Wassertemperaturen von bis zu 4,5 Grad Celsius kommt. Als Folge verändern sich die Wind- und Niederschlagsverhältnisse im gesamten Pazifikraum (mit gravierenden Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sowie auf den Fischfang). Das El-Niño-Ereignis der Jahre 1997/98 dürfte als eines der gewaltigsten Klimaphänomene in die Geschichte eingehen: Während weite Teile Südamerikas (Peru, Ecuador, Argentinien und der Süden Brasiliens) Überschwemmungskatastrophen erlebten, wurden Zentralamerika und der Nordwesten Brasiliens von Dürren heimgesucht. Eine unübliche Trockenheit erlebten auch weite Gebiete Südostasiens, so insbesondere die Inseln Sumatra und Borneo. Wochenlang wütende Buschbrände verursachten derart dichte Rauchkonzentrationen, dass sich im Sommer und Herbst 1997 eine dichte Smog-Schicht über Teile Indonesiens, Singapore, Malaysia, Südthailand legte.

Gewitterwolken über Asien

Die Unfähigkeit, der verheerenden Waldbrände Herr zu werden, warf ein bezeichnendes Licht auf das Regime in Indonesien. Seit 1966 war das Inselreich ununterbrochen vom ehemaligen General Suharto regiert worden. Suharto hatte zwar die Grundlagen für ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum gelegt; sein Regime war jedoch mit den Jahren zunehmend willkürlicher, repressiver und korruptionsanfälliger geworden. Auslösender Faktor für den Sturz Suhartos wurde die schwere Finanzkrise, die seit Herbst 1997 sukzessive alle ostasiatischen Staaten mit Ausnahme Chinas erfasste. Die indonesische Währung verlor 80 Prozent ihres Werts; Inflation und Zinsen zogen stark an. Trotz wachsender Unrast in seinem Land liess sich Suharto im März 1998 zum fünften Mal für eine siebenjährige

Amtszeit als Präsident wählen. Als Preis für ein 40-Milliarden-Hilfspaket des IWF musste sich das Regime in Jakarta jedoch auf ein rigoroses Sanierungsprogramm verpflichten. Als im April die Preise für Grundnahrungsmittel und Benzin stark erhöht wurden, kam es in mehreren Städten zu Studentenkundgebungen und blutigen Unruhen. Am 21. Mai gab Suharto schliesslich seinen Rücktritt bekannt, nachdem ihm die Armee ihren Rückhalt entzogen hatte.

Suhartos Sturz bedeutete mehr als das Abtreten eines Autokraten, dessen Zeit abgelaufen war. Die Asien-Krise, lange als blosses Währungs- und Finanzgewitter unterschätzt, veränderte auch die politische Landschaft: Nacheinander wurden inkompetente, korrupte Machthaber in Thailand, Südkorea und zuletzt in Indonesien hinweggefegt. Das «asiatische Modell» – mit seiner Verbindung von Kapitalismus und autoritärer Staatsführung auch im Westen von vielen bewundert – wurde definitiv entzaubert. In China blieben Demokratie und Freiheitsrechte indessen auch unter den Erben Deng Xiaopings Tabu-Themen. Der 15. Nationale Volkskongress bekräftigte sein Festhalten am bisherigen autoritären Kurs, setzte jedoch Zeichen zugunsten einer etwas grösseren politischen Flexibilität: Er bestätigte Präsident Jiang Zemin als dominierende Persönlichkeit und stellte die Weichen für die Ablösung des Apparatschiks Li Peng durch den Reformer Zhu Rongji an der Spitze der Regierung.

Indien und Pakistan überraschten die Weltöffentlichkeit im März 1988 mit mehreren Atomtest-Versuchen.

Atomarer Wettlauf in Südasien

Für weltweite Beunruhigung sorgte eine weitere Konfliktzone in Asien: Mit mehreren Atomversuchen unterstrichen Indien und Pakistan ihren Anspruch, in den Kreis der Mächte vorzustossen, die über Nuklearwaffen verfügen. Beide Staaten hatten sich 1997 geweigert, das Abkommen für ein weltweites Verbot von Nukleartests zu unterzeichnen, da sie darin eine Diskriminierung erblickten. Indien, wo im Februar die ultranationalistische Hindu-Partei BJP an die Macht gelangt war, ging Mitte März mit fünf unterirdischen Atomversuchen in die «Offensive». Pakistan, das sich mit einer Bevölkerungszahl von 135 Millionen (Indien: 950 Millionen) in einer notorischen Unterlegenheitsposition wähnt, zog am 27. und 30. Mai nach. Die Atomversuche der beiden miteinander rivalisierenden Staaten lösten weltweit Kritik aus; mehrere westliche Staaten beschlossen Sanktionen oder kündigten – wie die Schweiz – eine Überprüfung ihrer Entwicklungshilfeprogramme an. Die Grundlagen für ein unheilvolles Wettrüsten und eine mögliche nukleare Konfrontation in Südasien waren gelegt.

Auch das irakische Regime liess sich trotz fortdauernder internationaler Sanktionen nicht davon abhalten, seine Bemühungen zur Erlangung von Massenvernichtungswaffen fortzusetzen und die Weltgemeinschaft zu provozieren. Amerikanische Überwachungsflüge schienen darauf hinzudeuten, dass Palast-

anlagen Saddam Husseins als geheime Produktions- und Lagerstätten für nukleare, chemische und biologische Waffen missbraucht wurden. Ausserdem hinderte der irakische Diktator die von der UNO eingesetzte «Special Commission» daran, ihre Überwachungsaufgaben wahrzunehmen. Anfang Jahr erhöhten die USA ihre militärische Präsenz in der Golfregion, um gegebenenfalls einen Schlag gegen Irak ausführen zu können. Die Bemühungen Washingtons, erneut eine Allianz gegen Saddam Hussein zu schmieden, stiessen jedoch auf den Widerstand zahlreicher arabischer Staaten sowie Russlands und Frankreichs. Im allerletzten Moment gelang es UNO-Generalsekretär Kofi Annan am 22. Februar, die Krise durch ein Abkommen mit dem Bagdader Regime zu entschärfen: Saddam Hussein gewährte den UNO-Überwachern Zugang zu allen Anlagen, während die Sanktionen teilweise gelockert wurden. Während Washington die Vereinbarung mit grosser Skepsis akzeptierte, wurde sie in Bagdad als Erfolg gefeiert.

Im Nahostkonflikt dominierten beidseits die Falken: Während die radikale Palästinenserorganisation «Hamas» in Jerusalem abermals zwei verheerende Anschläge verübte, blockierte die Regierung unter Benjamin Netanjahu jegliche territorialen Zugeständnisse an die Palästinenser, sondern trieb stattdessen die aggressive Siedlungspolitik voran. Auch amerikanische Vermittlungsbemühungen blieben ohne Erfolg – im Gegenteil: im besetzten Westjordanland kam es erneut zu blutigen Zusammenstössen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften. Zur Zeit der 50-Jahr-Feiern des israelischen Staates (Ende April/Anfang Mai 1998) schien sich der Friedensprozess in einer schier ausweglosen Sackgasse zu befinden.

Hoffnung auf Frieden in Nordirland

Ein Durchbruch wurde demgegenüber in der Nordirland-Frage erzielt: Mehr als 3200 Menschen hatten in diesem Konflikt seit 1969 ihr Leben verloren. Hüben wie drüben, unter den Katholiken wie unter den Protestanten, war in den letzten Jahren die Einsicht gewachsen, dass sich dieser Konflikt nicht durch Gewalt lösen liess, sondern nur durch die Bereitschaft zum Verzicht auf Extremlösungen. Nach 22monatiger Dauer führten Verhandlungen zwischen den Hauptbeteiligten zu einer Übereinkunft, die nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen endlich den Weg zum Frieden zu eröffnen versprach. Die Einigung kam unter Vermittlung des amerikanischen Ex-Senators George Mitchell am Karfreitag, dem 10. April 1998, zustande. Acht der zehn nordirischen Parteien sowie Vertreter der britischen und der irischen

Das überwältigende Ja der Iren zum Friedensabkommen vom 10. April 1988 signalisierte über die Konfessionsgrenzen hinweg ein Bekenntnis zu einer friedlicheren Zukunft.

Regierung unterzeichneten das Abkommen. Mit von der Partie war insbesondere Sinn Fein, der politische Arm der Untergrundorganisation IRA. Lediglich zwei kleinere protestanische Organisationen widersetzten sich der Übereinkunft. In ihrem Kernpunkt sah sie die Bildung eines neuen nordirischen Provinzparlaments vor, ferner die Schaffung eines 12köpfigen Kabinetts, das beschränkte exekutive Kompetenzen ausüben sollte. Nach 26 Jahren Direktherrschaft durch Regierung und Parlament in London wurde Nordirland damit wieder ein gewisses Mass an Autonomie zugestanden. Ausserdem sah das Abkommen die Bildung eines North-South Council vor, in dessen Rahmen die Zusammenarbeit zwischen Republik Irland und Nordirland institutionalisiert werden sollte. Im Gegenzug verpflichtete sich die Republik, jenen Passus aus der Verfassung zu streichen, der den territorialen Anspruch auf den Norden der Insel festschrieb. Die nordirischen Stimmberechtigten billigten das Vertragswerk am 22. Mai mit 71,1 Prozent Ja-Stimmen (bei einer Stimmbeteiligung von über 80 Prozent). In der Republik Irland gaben sogar 94,5 Prozent der Stimmenden dem Abkommen seinen Segen. Das Resultat wurde allenthalben als Absage an die Gewalt und als Chance für eine friedliche Beilegung des Konfliktes gewertet.

Friedloser Balkan

Noch keinen echten Frieden, aber immerhin eine anhaltende Waffenruhe erlebte Bosnien-Herzegowina. UNO-Truppen sorgten dafür, dass die Feindseligkeiten zwischen Serben, Kroaten und Muslimen nicht von neuem ausbrachen. Umstritten war in Westeuropa, ob den als Gewaltflüchtlinge aufgenommenen Bosnierinnen und Bosniern die Rückkehr in ihr Heimatland zugemutet werden konnte. – In Kosovo eskalierten dagegen die Spannungen: Obschon die Bevölkerung zu 90 Prozent aus ethnischen Albanern bestand, hielt Serbien unnachgiebig an seinem absoluten Herrschaftsanspruch

Appenzeller Zeitung
Tagblatt für Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden
Die Tageszeitung im Appenzellerland

Mehr über das Appenzellerland
und die ganze Welt

Kasernenstrasse 64, CH-9101 Herisau · Telefon 071 354 64 64, Fax 071 354 64 65
E-Mail: schlaepfer@appon.ch, Internet:http://www.appon.ch

in der von zwei Millionen Menschen bewohnten Provinz fest. Seit Herbst 1996 hatte sich eine separatische albanische Organisation namens Kosovo-Befreiungsarmee zunehmend bemerkbar gemacht. Als am 27. Februar 1998 vier serbische Polizisten bei einem Anschlag getötet wurden, reagierte Serbien mit eiserner Faust: Im Zuge von Razzien wurden Dutzende von ethnischen Albanern getötet, gefoltert oder inhaftiert. In Pristina, der Hauptstadt Kosovos, gingen Zehntausende von Albanern auf die Strasse. Erst im Mai trat eine leichte Entspannung ein, als Milosevic sich in einer überraschenden Begegnung mit dem Führer der Kosovo-Albaner auf regelmässige Gespräche zwischen Serben und Albanern über die Zukunft der Unruheprovinz einigte.

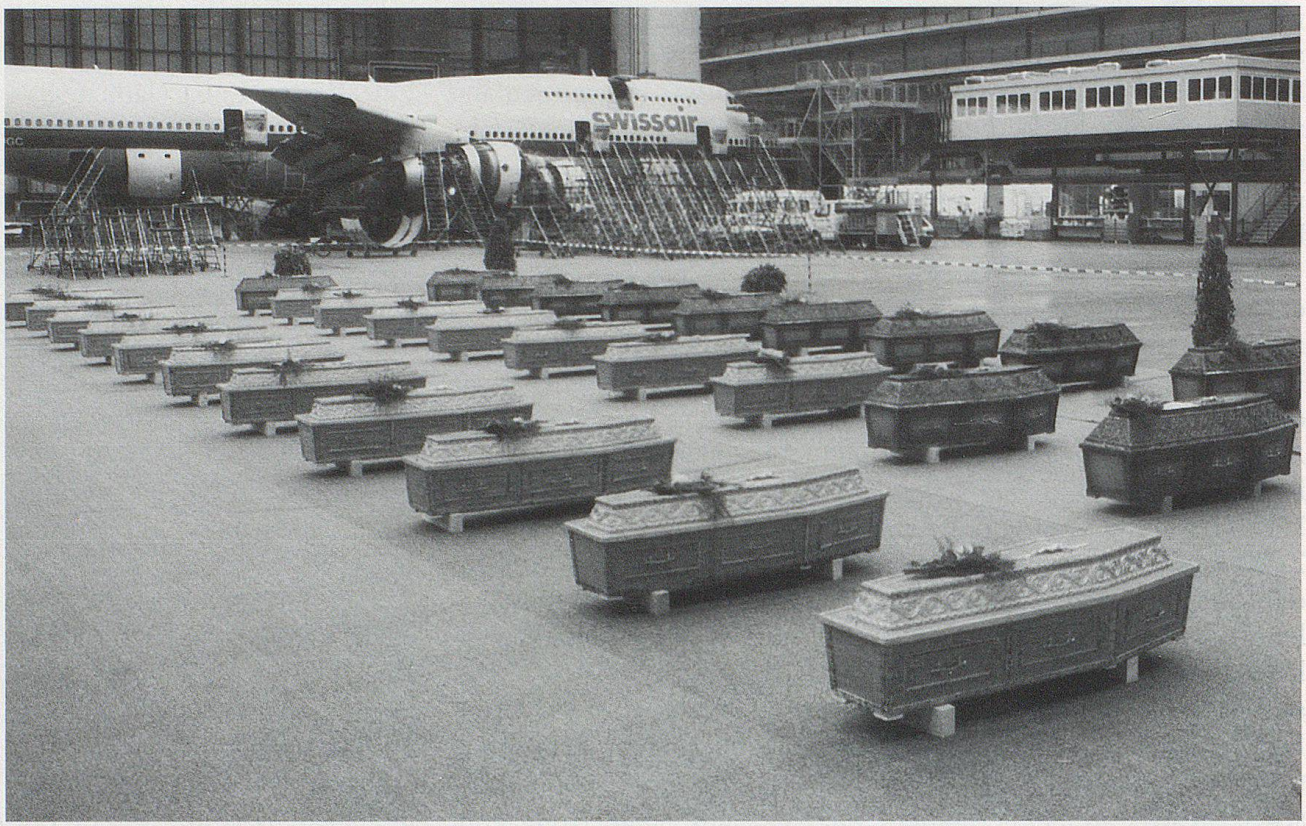
Die Kosovo-Krise offenbarte – nicht zum ersten Mal – die Unfähigkeit der Europäischen Union, in der Aussen- und Sicherheitspolitik eine führende Rolle zu übernehmen. (Als Vermittler profilierten sich erneut die USA mit Sonderbotschafter Richard Holbrooke an der Spitze.) Einen weiteren markanten Sprung nach vorn machte die EU hingegen bezüglich des europäischen Integrationsprozesses: Die Staats- und Regierungschefs einigten sich Anfang Mai darauf, den Euro ab 1999 als gemeinsame Währung einzuführen: Ab 1.1.1999 werden Bankgeschäfte in der neuen Währung möglich sein; ab 1. 1. 2002 sollen Euro-Banknoten und Münzen in Umlauf gebracht werden. 11 der 15 EU-Staaten werden von Anfang an am neuen europäischen Währungsverbund beteiligt sein. Ausserdem nahm die EU formelle Beitrittsverhandlungen mit Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien auf. Weitere Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft sind Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen und die Slowakei.

Zu den bemerkenswertesten Fortschritten des Berichtsjahres gehörte das Abkommen für ein weltweites Verbot von Landminen, das an einer Konferenz in Oslo am 18. September 1997 von über 80 Nationen gebilligt wurde. Zwar blieben ihm Länder wie die USA, Russland, China, Indien, Pakistan, Japan, Iran, Irak und Israel fern; trotzdem bedeutete das Vertragswerk einen Hoffnungsschimmer für Millionen von Menschen in Ländern wie Afghanistan, Angola und Kambodscha, wo als leidvolle «Erbschaft» von Bürgerkriegen in den letzten Jahren Zehntausende durch Anti-Personen-Minen getötet oder verstümmelt worden waren.

Auf einige weitere Ereignisse der Berichtsperiode sei lediglich stichwortartig hingewiesen: Schwere Regenfälle und nachfolgende Überschwemmungen forderten in der Tschechischen Republik, in Polen sowie im Osten Deutschlands mehr als 100 Todesopfer. (Juli 97) – Auf seiner spektakulärsten Auslandreise seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa besuchte Papst Johannes Paul II. Fidel Castros Kuba. (Januar 98) – In Russland entliess Präsident Boris Jeltsin am 23. März 98 Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin sowie dessen gesamte Regierung. Erst nach wochenlangem Tauziehen mit der von der KP dominierten Duma gelang es Jeltsin, den 35jährigen Sergej Kirijenko, einen bisher weitgehend unbekannten Reformpolitiker, als neuen Regierungschef bestätigen zu lassen. – Pol Pot, der Führer der Roten Khmer, unter dessen Herrschaft zwischen 1975 und 1979 schätzungsweise zwei Millionen Kambodschanerinnen und Kambodschaner ermordet worden waren, starb im Alter von 73 Jahren in seinem Dschungel-Refugium im Norden Kambodschas (April 98).

Innenpolitischer Rückblick

Selten zuvor stand die Schweiz so sehr im Banne aussenpolitischer Herausforderungen – sieht man von den Weltkriegsjahren ab – wie 1997/98: Der Streit um nachrichtenlose Vermögen und die Rolle unseres Landes während der Nazizeit eskalierte ungeachtet aller Anstrengungen von schweizerischer Seite. In den bilateralen Verhandlungen mit der EU blieb der erhoffte Durchbruch weiterhin aus. Die Krisen im Balkanraum sorgten für ein Ansteigen der Asylgesuchszahlen und für ein angespanntes asylpo-



Traurige Rückkehr: Die 36 Särge mit den schweizerischen Opfern des Terroranschlags von Luxor in einer Swissair-Werfthalle in Kloten.

litisches Klima. Mehr als irgend ein anderes Ereignis demonstrierte indessen das blutige Attentat von Luxor, dass auch ein friedliebender Kleinstaat wie die Schweiz nicht davor gefeit ist, in den Sog barbarischer Terroraktionen gerissen zu werden.

Tödlicher Terror

Der Totentempel der Königin Hatschepsut nahe der ägyptischen Stadt Luxor wurde am Morgen des 17. November 1997 unversehens zur tödlichen Falle für die dort zufällig anwesenden Reisegruppen: Sechs schwer bewaffnete Männer – Mitglieder der Organisation «Gamaa Islamiya» an, die in Ägypten einen moslemischen Gottesstaat anstrebt – stürmten die Tempelanlage und verübten unter den eingeschlossenen Touristen eine eigentliche Blutorgie. 62 Menschen verloren insgesamt ihr Leben. Auch 36 Schweizer Staatsangehörige überlebten das Massaker nicht. Die Erschütterung in der schweizerischen Öffentlichkeit reichte tief. Die 36 Särge in der Werfthalle des Flughafens Kloten, die nächtliche Gedenkfeier mit der eindrücklich-schlichten Ansprache Bundesrat Leuenbergers und der würdige Trauergottesdienst im Zürcher Fraumünster – diese Bilder werden im kollektiven Gedächtnis haften bleiben.

Ein weiteres tragisches Ereignis im Ausland beschäftigte die Schweizerinnen und Schweizer in besonderer Weise: die Ermordung des Kommandanten der Schweizergarde in Rom durch einen Angehörigen seiner Truppe. Der Luzerner Alois Estermann war am 4. Mai vom Papst zum neuen Chef der kleinsten Armee der Welt (Sollbestand 100 Mann) ernannt worden. Am selben Abend wurden er und seine aus Venezuela stammende Frau Gladis Meza Romero von einem Gardisten in ihrer Wohnung nie-

Die Kommission zur Untersuchung der Handelsbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg: (von links) Jacques Picard, Joseph Voyame, Jakob Tanner, Sybil Milton, Jean-François Bergier, Wladyslaw Bartoszewski, Saul Friedlaender, Harold James.

dergeschossen. Während der Vatikan von einer «Wahnsinnstat» sprach, erging sich ein Teil der Medien in immer neuen Spekulationen über mögliche Hintergründe des Verbrechens.

«Totaler Krieg»

Wie isoliert die Schweiz aussenpolitisch geworden ist, bekam sie vor allem in der Auseinandersetzung mit jüdischen Organisationen in den USA um nachrichtenlose Vermögen aus der Weltkriegzeit zu spüren. Wohl befleissigte sich die US-Regierung bei mehreren Gelegenheiten, der Schweiz ihre Anerkennung für die eingeleiteten Schritte auszudrücken und sich gegen Boykottmassnahmen auszusprechen. Im Spätsommer 1997 schien sich eine gewisse Entspannung abzuzeichnen, als die Bankiervereinigung Listen von ausländischen und schweizerischen Inhabern nachrichtenloser Vermögen aus der Zeit vor 1945 veröffentlichte. Das Jubiläum «100 Jahre Zionistenkongress» in Basel endete in versöhnlichem Geist, und auch anlässlich der Londoner Nazi-Goldkonferenz vom 2. bis 4. Dezember wurden die Schweizer Bemühungen durchaus wohlwollend gewürdigt. Dessen ungeachtet nahm in den USA der Druck auf Schweizer Finanzinstitute zu; mehrere Bundesstaaten und Städte setzten den Schweizer Grossbanken Ultimaten, um sie zu Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe zu bewegen. Die Aussicht auf jahrelange juristische Verfahren bewog die Banken schliesslich, sich auf Verhandlungen über eine «Globallösung» einzulassen und – zusätzlich zu dem bereits funktionierenden schweizerischen Holocaust-Fonds in der Höhe von 270 Millionen Franken – die Schaffung eines «Gerechtigkeitsfonds» anzukündigen. Der Alleingang der Banken stiess in der schweizerischen Öffentlichkeit

sowie in politischen Kreisen jedoch auf scharfe Ablehnung – zumal Sammelklagen auch gegen die Nationalbank und möglicherweise gegen den Bund nicht ausgeschlossen werden konnten. WJC-Präsident Bronfman verstieg sich dazu, der Schweiz mit «totalem Krieg» zu drohen, was hierzulande – auch unter den schweizerischen Juden – Entrüstung und wachsendes Unverständnis auslöste. Am 25. Mai veröffentlichte die vom Bundesrat eingesetzte Historikerkommission ihren Zwischenbericht zum Goldhandel während der Nazi-Zeit: Er bestätigte die von der Nationalbank bisher genannten Zahlen, wies jedoch nach, dass die SNB-Verantwortlichen über die Lieferung von Raubgold aus den von Deutschland besetzten Ländern seit 1941 gewusst haben mussten; ausserdem ermittelte das Expertengremium, dass Gold im Wert von knapp 600 000 Franken, welches die Nazis KZ-Opfern abgenommen hatten, auf das Reichsbank-Depot bei der Nationalbank geflossen war.

Verfrühte Freude: Bundesrat Moritz Leuenberger und EU-Kommissar Neil Kinnock nach der Einigung auf ein Verkehrsabkommen am 23. Januar 1998.

Isolierte Schweiz

Wenig Erfreuliches gab es auch von der europapolitischen Front zu vermelden: Der erhoffte Durchbruch in den bilateralen Verhandlungen Schweiz–EU zerschlug sich am Verkehrsdossier, wo die Interessen auch zwischen den EU-Staaten weit auseinanderlagen. «Wir haben uns auf einen Vertrag geeinigt, der nichts offen lässt», glaubte Verkehrsminister Moritz Leuenberger am späten Abend des 23. Januar – nach mehrstündigen harten Verhandlungen mit EU-Kommissar Neil Kinnock – vermelden zu dürfen. Schon bald zeigte sich jedoch, dass das in Kloten geschnürte Paket namentlich in Italien und Deutschland keine Unterstützung fand. Am 19. März kam es zum Eklat, als der Bundesrat dem kategorischen Nein aus Bonn die ebenso kategorische Weigerung folgen liess, das «letzte Angebot» von 325 Franken pro Transitfahrt noch weiter hinunterhandeln zu lassen. Obschon die Aussichten auf einen Erfolg verschwindend klein geworden waren, verzichtete die Landesregierung darauf, die bilateralen Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Der Zeitpunkt für eine rasche Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen – wie sie die Initiative «Ja zu Europa» verlangte – schien dem Bundesrat angesichts der nach wie vor verbreiteten Skepsis im Volk noch nicht gekommen. Die Isolierung der Schweiz in der Sicherheits- und Asylpolitik – sie ist jetzt rundum von Staaten umgeben, die dem Schengener Abkommen angehören – könnte allerdings den Druck, sich der EU anzunähern, beträchtlich wachsen lassen. Mit gemischten Gefühlen erwartet die Schweiz auch den auf den 1. Januar 1999 angesetzten Übergang zur neuen EU-Währung, dem Euro.

Rote Zahlen

Stichwort Finanzen: Im April durchbrachen die Schulden der Eidgenossenschaft die 100-Milliarden-Grenze. Für 1998 bedeutete dies, dass rund 3,4 Milliarden Franken an Schuldzinsen aufgebracht werden müssen – mehr, als der Bund für Bildung und Grundlagenforschung zusammen ausgibt. Trotz verschiedener Anläufe war es in den Vorjahren nicht gelungen, die Bundesfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Rascher als erwartet geriet auch die AHV 1997 in die roten Zahlen. Besorgniserregend entwickelten sich überdies die Finanzen von Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Mit dem «Haushaltziel 2001» unternahmen Bundesrat und Parlament einen letzten, verzweifelten Sanierungsversuch, indem sie sich selber einem rigorosen Zwangsregime unterwarfen. Am 7. Juni 1998 stimmten Volk und Stände der Vorlage mit deutlicher Mehrheit zu.

Personelle Wechsel

Mitte Januar erklärte Wirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz aus Krankheitsgründen seinen Rücktritt nach 14jähriger Mitgliedschaft im Bundesrat; Nachfolger wurde der Walliser Freisinnige Pascal Couchepin, der im fünften Wahlgang gegen die Waadtländerin Christiane Langenberger obenaus schwang. – Am 12. März gab Post-Generaldirektor Jean Noël Rey entmutigt auf, nachdem er wegen des Vorwurfs der Günstlingswirtschaft ins Zwielicht geraten war. – Personelle Veränderungen an der Spitze erlebten drei der grossen schweizerischen Parteien: Bei der CVP folgte Adalbert Durrer auf Anton Cottier, bei der SPS Ursula Koch auf Peter Bodenmann und bei den Grünen Ruedi Baumann auf Hanspeter Thür. – Wolfgang Haas, der umstrittene Bischof von Chur, wurde vom Papst Anfang Dezember handstreichartig ins Fürstentum Liechtenstein versetzt und zum Erzbischof «befördert».

Als Nachfolger des zurückgetretenen Bundesrates Jean-Pascal Delamuraz wurde der Walliser Freisinnige Pascal Couchepin gewählt.

(Redaktionsschluss:
Ende Mai 1998)

Appenzeller Witze

En Frönte ischt z Appezöll zom Rasierer ini. Woner of em Stuehl Platz neet, fangt de Rasierer mit Iisäpfe aa. Er het all of d Sääpfe ani gspeuzt. De Frönt ischt unguet uufgjockt ond hed uufbegehrt: «He, Sii, sönd Si verruckt.» Seelerüebig het de Friseur aber gmeent: «I ha gmeent, i wells Eu no egschtere nobel mache, Öserige speuzi tirekt is Gsicht, anstatt of d Sääpfe ani!»

«Hescht gliich au gross Ohre, Jokeb, seb mos me säge!» «Meeraa!... Mini Ohre sönd e betzeli zgross för en Mensch, aber diini deför för en Esel grad recht!»

«Du, s hed mer trommt, de Tüfel hei di wele hole. Er hei di aber möse stoh ond goh loo, denn öber Berg ond Tal hei er dii nüd möge träge, ond de Strooss noe hei er si gschämmet mit deer!»

«Jokeb! Jetzt chomm i bigopp no en Zah öber i miine alte Tage, sischt gwöss de Wisheitszah!» – «Er weerd di aber au lang häbe, Bartli!» – «Bruchscht mi nüd z föpple, Jokeb, lang gnueg, wenn er mi häbet, bis du änn öberchooscht!»

«Du Sepp! Du bischt nebis kenn rechte Rotsherr! Hescht jo nüd emol en Baat (Bart)!» – «Jä los, Kaloni, wenns of seb aachood, chani jo amme andere Mol de Gäsbock schicke!»